

«Die Linke denkt: ‹Weil wir links sind, können wir gar nicht antisemitisch sein›»

Die Historikerin Christina Späti ordnet die lauwarmer Reaktion der SP auf die Terrorattacke der Hamas ein

Frau Späti, die Schweizer Linke hat zurückhaltend auf die Terrorattacke der Hamas auf Israel reagiert. Zum Beispiel Fabian Molina: Beim Krieg in der Ukraine ist für den SP-Nationalrat einzig Russland der Täter. Beim Angriff der Hamas auf Israel kritisiert er beide Seiten – im Namen der SP. Wieso tut sich die Linke im Fall von Israel so schwer, eine brutale Aggression zu verurteilen? Das hat eine lange Geschichte. Bereits die Entstehung des Staats Israel 1948 war von Gewalt geprägt – Gewalt im Nahen Osten und zuvor Gewalt an den Juden und Jüdinnen in Europa. Zu Beginn war die Linke in der Schweiz noch sehr proisraelisch, aus einem Schuldgefühl heraus und auch, weil es ein sozialistischer Staat war.

Wann änderte sich das?

Nach 1967 mit dem Aufkommen der neuen Linken, die aus ihrem Antimperialismus heraus Israel als Brückenkopf der USA betrachtete. Man sprach damals von der Zerschlagung des zionistischen Staats. Dann kamen die 1980er Jahre mit dem Libanonkrieg und den Massakern in den palästinensischen Flüchtlingscamps. Später die Intifada mit den Bildern von steinwerfenden Kindern und israelischen Panzern. Damals war für grosse Teile der Sozialdemokratie sonnenklar, wer Angreifer und wer Opfer war und mit wem man sich solidarisiert.

Aber wieso schont man heute die Hamas, die von vielen westlichen Ländern als Terrororganisation eingestuft wird?

Die Hamas ist im besetzten Gazastreifen der Hauptakteur. Früher waren die Bündnispartner in Palästina marxistische oder kommunistische Befreiungskämpfer. Jetzt ist es die Hamas, und diese Soli-



Christina Späti
Geschichtswissenschaftlerin

darität wurde auf sie übertragen. Früher oder später wird das bestimmt auch innerhalb der Linken Fragen aufwerfen.

Spielt dabei auch linker Antisemitismus eine Rolle?

Ja, Antisemitismus ist tief verankert in den westlichen Gesellschaften, auch bei der Linken. Man kann dabei durchaus unterscheiden zwischen Kritik am Staat Israel – ob sie nun berechtigt ist oder unberechtigt – und Antisemitismus. Bei Vergleichen mit der Nazizeit ist klar, dass nicht Israel, sondern die Juden gemeint sind. Da wird eine Täter-Opfer-Umkehr gemacht. Man sagt: «Früher waren die Juden die Opfer, jetzt machen sie das Gleiche mit



Demonstranten bekundeten am 1. Mai 2022 in Zürich ihre Sympathie mit Palästina.

ANNICK RAMP / NZZ

den Palästinensern.» Das richtet sich nicht gegen die israelischen Streitkräfte oder die Regierung, sondern gegen die Juden und ist klar antisemitisch. In der Schweiz begegnet einem das immer wieder.

Ausgerechnet die sonst so woke Linke ist antisemitisch? Wie ist das möglich? Ich denke, in erster Linie, weil sie sich zu wenig mit dem Thema befasst. Reflexartig denken viele: «Das ist passé.» Zudem scheint es zur anderen Seite des politischen Spektrums zu gehören. «Weil wir links sind, können wir gar nicht antisemitisch sein», heisst es.

Ein blinder Fleck der Linken?

Ja, in den letzten Jahren hat aber ein Wandel eingesetzt. Antisemitismus wird generell stärker zum Thema gemacht. Das ist auch eine Folge der Covid-Krise mit ihren vielen Verschwörungstheorien. Im Gegensatz zur deutschen und österreichischen Linken hat die Schweizer Linke das Thema aber lange beiseite geschoben. Ich habe für meine Dissertation die sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften ausgewertet. Der Vorwurf des Antisemitismus kam immer wieder auf, aber er wurde kaum ernsthaft debattiert.

Zur Spekulationsstopp-Initiative publizierten die Juso im Jahr 2016 eine Karikatur, die aus dem nationalsozialistischen «Stürmer» stammen könnte. Die «internationale Finanzlobby» wurde als

Jude mit Schläfenlocken, grosser Nase und schwarzem Hut dargestellt. War das kein Einzelfall?

Nein, so etwas kommt immer wieder vor.

Ist das bloss Ignoranz?

Ja, die Jüngeren scheinen diese Bildsprache nicht zu erkennen.

Aber irgendwo muss das ja herkommen? Das geistert herum.

Gibt es grundsätzlich eine Verbindung von linker Kapitalismuskritik zum Anprangern des internationalen Judentums? Ja, das ist ein uraltes Muster. Seit dem Aufkommen des modernen Antisemitismus im 19. Jahrhundert wurde dieser Verweis auf den internationalen Finanzkapitalismus als grosse jüdische Weltverschwörung gemacht. Damals kam auch diese Bildsprache auf, die später in den arabischen Raum vordrang, wo solche Karikaturen ebenfalls zirkulieren. Teilweise kamen die Bilder über die Palästina-Solidaritätsbewegung wieder zurück nach Europa.

Weshalb haben manche linke Feministinnen Sympathien für frauenverachtende Islamisten?

Das kommt von dieser binären Weltanschauung, in der die Guten gegen die Bösen kämpfen, und dem Gegensatz von Erster Welt und Dritter Welt, wie man früher sagte. Die PLO und andere Befreiungsbewegungen haben sich früher natürlich auch

anders präsentiert als heute eine Hamas, die linke Frauen sicher nicht verschonen würde. Früher ging dieses Weltbild eher auf. Heute kommt man einfach um die Hamas nicht herum, wenn man etwas für die Bevölkerung in Gaza machen will.

Es gibt ja in der Schweiz auch Aufrufe zum Boykott von israelischen Produkten. Die dahinterstehende BDS-Bewegung wurde vom Deutschen Bundestag als antisemitisch eingestuft. Tatsächlich erinnert das etwas an das «Kauft nicht bei Juden!» der Nazis. In der Schweizer Linken scheint das aber niemanden zu stören. Bekannte linke Parlamentarier haben sich in dieser Bewegung engagiert. Es existieren verschiedene Antisemitismus-Definitionen. Nicht alle bezeichnen solche Boykottaufrufe als antisemitisch. Sie richten sich gegen Israel und Güter, die von Siedlern in den besetzten Gebieten produziert wurden. Aber BDS ist ein riesiges Sammelbecken. Es gibt darunter auch Leute, die antisemitisch denken. Damit hätten die Beteiligten sich auseinandersetzen müssen. Es reicht nicht, zu sagen: «Wir verurteilen natürlich auch jeden Antisemitismus.»

Interview: Irène Troxler

Christina Späti ist Professorin für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg und an der Fern-UNI Schweiz. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören der Holocaust und seine Nachgeschichte, Antizionismus, Antisemitismus und Orientalismus sowie die 68er Bewegung.

News aus der Bundesgasse – Rösti rockt

Polizei stoppt Parlamentarierparty, Orakel erfinden Rücktritte

fab./bin. · Nicht zum Tag, aber sehr lang haben die Parlamentarier den letzten Abend der Session gemacht. Es war zugleich die letzte Party der Legislatur. Es flossen Tränen und noch mehr Alkohol. Jacqueline Badran hatte am Freitag noch die Sonnenbrille auf, Modell Stevie Wonder. «Isn't she lovely?» Am Vorabend rockte die Band «Fraktionszwang» die Galerie des Alpes. Die Sängerin Aline Trede und die Cellistin Christa Markwaller transferierten das überparteiliche Musikprojekt vom Berner Stadtrat ins Bundeshaus. Bundesrat Albert Rösti sowie Vielleicht-Bundesrat Beat Jans sollen sich das Schlagzeug geteilt haben. Spät-Summer of Love in Bern.

Als es immer heisser wurde, hat man kurzerhand die grossen Fenster geöffnet. Energietechnisch natürlich ein Unding – und in Sachen Schallschutz erst recht. So haben offenbar Anwohner im Marziliquartier sich bei der Polizei beschwert. Diese rauschte prompt ins Parlamentsgebäude, um des feucht-fröhlichen Treibens Herr zu werden, dringender Tatverdacht: Nachtruhestörung. Man müsse mit Konsequenzen rechnen, wenn der (Sound-)Pegel nicht gedrosselt werde, soll die Staatsgewalt den Volksvertretern gedroht haben.

Dass die Parlamentarier ihre relative Immunität beim Tanzen und Trinken hätten geltend machen können, ist derweil unbestritten. Zumal sie die Parlamentarier schützt bei «Handlungen im unmittelbaren Zusammenhang mit der amtlichen Tätigkeit und Stellung».

Madame Étoile übernimmt

Bern ist ein Basar der Behauptungen. Der habe dies, jene soll jenes – man hört, was man hören will. Ein Paradies für Journalisten. Was liegt näher, als dieses Potenzial zu nutzen, zumal die Medien wirtschaftlich nicht gerade florieren? Wacker voran gehen die Kollegen von CH Media, dem Verbund der Regionalzeitungen, denen das politisch interessierte Publikum in einem Grossteil der Deutschschweiz ausgeliefert ist. Die Kollegen entwickeln gerade ein neues Standbein, um die Zukunft des Imperiums zu sichern: die Wahrsagerin.

Logisch, dass sie sich nicht mit subalternen Orakelsprüchen begnügen. Sie fangen ganz oben an: bei der Regierung. Sie wissen, wann ein Bundesrat den Rücktritt gibt, bevor der es selbst weiss. Zuerst haben sie den Abgang von Ueli Maurer so lange vorhergesagt, bis dieser tatsächlich ging. Jetzt ist Guy Parmelin an der Reihe. Obwohl er die Behauptung am gleichen Tag klar dementierte, speulierte CH Media ausführlich und prominent über seinen Rücktritt. Die Zeitung berief sich auf «Gerüchte», die «in Bundesbern kursieren». – Bravo! Auf dieser Basis lässt sich alles behaupten. Man munkelt, CH Media erwäge eine Namensänderung: «CH-Medium – wir sehen die Zukunft». Als Chefredaktorin im Gespräch mit Madame Étoile.

Wir sind gespannt, wer zuerst abdankt: Guy Parmelin oder die Glaubwürdigkeit der Medien.

Selbstbeschäftigung

73 231 – so viele Geschäfte sind in der Datenbank des Parlaments zu finden. Bei einem Grossteil handelt es sich um Vorstösse. Es ist wie eine Sucht: Das Parlament ächzt unter der Geschäftslast, doch seine Mitglieder reichen immer neue Vorstösse ein. Diese Woche sind mehrere hinzugekommen. Der Nationalrat hält jedes Jahr Sondersessionen ab, um Pendenzen abzubauen. Doch was machen die nimmermüden Rätinnen und Räte? Sie reichen auch in den Sondersessionen mehr neue Vorstösse ein, als sie alte abarbeiten. Der SVP-Nationalrat Gregor Rutz wollte das ändern – ironischerweise mit einem neuen Vorstoss. Das ist zwar lustig, aber die Pointe ist eine andere: Der Ständerat hat den Vorstoss versenkt. Mag die grüne Welle schon wieder verebben – die Vorstossflut wird niemals enden.

Sicherheitskommission fordert Verbot der Hamas

Vorstösse dürften bei der Landesregierung offene Türen einrennen

DAVID BINER, BERN

Die palästinensische Terrororganisation Hamas soll verboten werden. Dies fordert die nationalrätliche Sicherheitskommission (SiK) in einer Motion, die sie an ihrer zweitletzten Sitzung vor Legislativende einstimmig beschlossen hat. Die Hamas vertrete eine zutiefst demokratie- und menschenfeindliche sowie antisemitische Ideologie, hält die SiK in ihrem Vorstoss zuhanden des Bundesrats fest.

Die bisherige Position der Landesregierung, wonach sich die Hamas in den letzten Jahren «pragmatischer» gegeben habe und man bei Konflikten immer mit

allen Parteien sprechen solle, sei spätestens seit deren brutalen Angriffen auf israelische Zivilisten am Wochenende überholt. «Die Hamas hat sich mit ihren menschenverachtenden und radikal destruktiven Attacken und Rechtfertigungen als Gesprächspartnerin für einen Frieden nun vollends diskreditiert», schreibt die SiK.

Die emotionale Motion wird von einem etwas nüchternen Postulat flankiert. Darin wird der Bundesrat nicht nur beauftragt, ein entsprechendes Verbot zu prüfen. Er soll in einem Bericht dem Parlament auch aufzeigen, ob und wie es für die Schweiz völker- wie nationalrechtlich möglich ist, eigenständige

Sanktionen gegen die Hamas zu ergreifen. Schliesslich will die SiK auf Nummer sicher gehen, was die umstrittenen Hilfsgelder für Palästina betrifft. Die Finanzflüsse stehen seit geraumer Zeit unter Verdacht, bis hin zu den Terrorkämpfern zu gelangen. Der Bundesrat müsse zudem dafür sorgen, dass die Hamas das hiesige Finanzsystem nicht nutzen dürfe. Das Postulat der SiK wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Die Kommission dürfte mit ihren Forderungen offene Türen einrennen im Bundesrat. Ignazio Cassis, der Chef des Aussendepartements, hatte bereits am Montag klargemacht, dass sich die Position der Schweiz gegenüber der Hamas

ändern werde. Die Hamas verhalte sich in ähnlicher Weise wie das Terrornetzwerk al-Kaida, sagte Cassis. Ein Gesetz hatte einst die al-Kaida – wie auch den Islamischen Staat – verboten.

Mit der Motion der SiK wird der Bundesrat das abgelaufene Gesetz reaktivieren und an die Hamas anpassen können. Cassis machte aber auch deutlich, dass das künftige Vorgehen in der Nahostpolitik nicht allein von einem neuen Gesetz abhängig sein wird. Geht es nach dem FDP-Bundesrat, soll es zu einem Umdenken im Umgang mit Palästina kommen. Ob die Nahostpolitik neu ausgerichtet wird, ist derzeit indes offen.

Meinung & Debatte, Seite 20